

Teil 1:

Grundsatzprogrammantrag an den Landesparteitag der Piratenpartei Rheinland-Pfalz

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, das folgende Kapitel "Steuerpolitik" an geeigneter Stelle dem Grundsatzprogramm der Piratenpartei Rheinland-Pfalz hinzuzufügen:

Steuerpolitik

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz tritt für ein einfaches und soziales Steuersystem ein. Die Belastung durch Steuern muss sozial verträglich erfolgen. Einwohner mit höherer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sollen mehr zur öffentlichen Finanzierung beitragen als solche mit geringerer Leistungsfähigkeit. Die von den anderen Parteien über Jahrzehnte praktizierte Senkung der Spitzensteuersätze hat sich als Fehler erwiesen und ist eine der Ursachen einer stetig steigenden Kluft zwischen Reich und Arm. Wir wollen diese Entwicklung korrigieren.

Wir fordern auch, dass alle Einkünfte gleichermaßen der Besteuerung unterliegen müssen, keine Einkunftsart darf höher oder niedriger besteuert werden als andere Einkünfte.

Steuergesetze sollen möglichst einfach und verständlich formuliert und ausgestaltet werden. Dabei kann es nötig werden, verstärkt Pauschalen zu nutzen, statt den Abzug tatsächlicher Kosten zuzulassen.

Um die Transparenz des Steuersystems und die Akzeptanz von Steuern zu erhöhen, setzen wir dafür ein, Schülern die Grundzüge unseres Steuerrechts näher zu bringen.

Wir wollen die Anzahl der Steuerarten verringern. Dadurch soll der Bürokratieaufwand für die Wirtschaft und die Verwaltung gesenkt werden und das Steuerrecht vereinfacht werden. Hierbei ist in allen öffentlichen Haushalten, jedoch insbesondere auf Ebene der Gemeinden, ein vollständiger Ausgleich von Einnahmeausfällen sicherzustellen.

Finanzverwaltung

Wir fordern eine bessere personelle Ausstattung der Finanzämter. Wer an der Einnahmenverwaltung spart, spart an den Einnahmen!

Steuerhinterziehung muss konsequent bekämpft und verfolgt werden. Daher müssen insbesondere die Betriebsprüfungsstellen und die Steuerfahndung personell stärker besetzt werden.

Die Zusammenarbeit der Finanzbehörden zwischen den Bundesländern auch im IT-Bereich muss weiter verbessert werden, um dadurch Verwaltungskosten einzusparen und Steuerverkürzung zu verhindern.

Begründung:

Uns fehlt bisher auf Landesebene ein Grundsatzbeschluss zur allgemeinen Steuerpolitik. Das muss sich natürlich ändern.

Der Abzug von Pauschalen anstelle der tatsächlichen Aufwendungen entlastet Bürger und Verwaltung: Statt durch unzählige Belege alle Kosten nachzuweisen, können einfach pauschale Beträge geltend gemacht werden. Das ist der effektivste Weg zur "Steuererklärung auf dem Bierdeckel" und die beste Steuervereinfachung. Natürlich sollen dadurch nicht alle tatsächlichen Kosten vom Abzug ausgeschlossen werden, aber die häufigsten und kompliziertesten Posten (z. B. Bewerbungskosten, verschiedene Reisekosten, Kosten für das Arbeitszimmer) können so stark vereinfacht werden.

Teil 2: Wahlprogrammantrag an den Landesparteitag der Piratenpartei Rheinland-Pfalz

Antragstext:

Der Landesparteitag möge beschließen, das folgende Kapitel "Steuerpolitik" an geeigneter Stelle dem Wahlprogramm der Piratenpartei Rheinland-Pfalz hinzuzufügen:

Steuerpolitik

Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz tritt für ein einfaches und soziales Steuersystem ein. Zu diesem Zweck fordern wir eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 50 % inklusive der sogenannten Reichensteuer von 3 %.

Wir fordern die Gleichstellung aller Einkunftsarten. Der Abgeltungseffekt der Kapitalertragsteuer ("Abgeltungsteuer") ist daher abzuschaffen. Die teilweise höhere Besteuerung von gewerblichen Einkünften durch die Gewerbesteuer lehnen wir ab, wir wollen aus diesem Grund auf eine Abschaffung der Gewerbesteuer hinwirken.

Neben der verstärkten Nutzung von Pauschalen anstelle der tatsächlichen Kosten erscheint es uns auch sinnvoll, vermehrt Rechenformeln anstelle von Fließtexten einzusetzen, um die Höhe der Steuern festzulegen und die Bemessungsgrundlagen zu ermitteln. Dadurch können Rechtsstreitigkeiten über die Auslegung von Gesetzestexten vermieden werden und die Transparenz der Steuergesetze nimmt zu. Am Beispiel des § 32a Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes zeigt sich sehr effektiv, wie das funktionieren kann.

Um die Verständlichkeit von Steuergesetzen zu fördern und die Bürger gegenüber den Finanzämtern zu stärken, setzen wir uns dafür ein, auch auf allgemeinbildenden Schulen verstärkt die Grundsätze des Steuersystems zu unterrichten. Dies kann durch eine Erhöhung der Unterrichtsstunden in Sozial- oder Wirtschaftskunde erfolgen. Wichtigster Unterrichtsinhalt sollte dabei die Ermittlung des zu versteuernden Einkommens sein, der Unterricht sollte insbesondere auf die für Arbeitnehmer relevanten Bereiche des Steuerrechts eingehen, jedoch auch Grundzüge der Buchführung und des Umsatzsteuerrechts enthalten.

Finanzverwaltung

Wir fordern eine bessere personelle Ausstattung der Finanzämter. Bis 2020 sollen in der rheinland-pfälzischen Finanzverwaltung nach Plänen der Landesregierung fast 1.000 Stellen abgebaut werden, während gleichzeitig nicht mit einer sinkenden Arbeitsbelastung in den Finanzämtern zu rechnen ist. Wir sind der Auffassung, dass dies nicht die richtige Stelle für Ausgabenkürzungen ist und wollen dem entgegenwirken.

Wir setzen uns für eine Verbesserung der Zusammenarbeit der Bundesländer auf dem Gebiet der Steuerverwaltung ein. Dabei bietet der bundesweite Einsatz des Steuerprogramms UNIFA in den Finanzämtern eine große, bisher weitestgehend ungenutzte Chance, den bundesweiten Austausch und Abgleich von Steuerdaten einfacher als bisher zu gestalten, indem die Daten elektronisch übermittelt werden können. Diese Chance muss genutzt werden, um Steuerverkürzung zu verhindern und Verwaltungskosten einzusparen.

Dieser Wahlprogrammantrag setzt voraus, dass der Grundsatzprogrammantrag (Teil 1, siehe oben) angenommen wurde.